

Allgemeine Zeitung

Unsere Zeitung!

Allgemeine Zeitung (Germany)

Donnerstag 16. April 2009

"Kinderstimmen" ändern wenig; Studie: Stellvertretendes Wahlrecht für Eltern brächte kaum Verschiebungen

AUTOR: Matthias Friedrich

RUBRIK: POLITIK

LÄNGE: 475 Wörter

HIGHLIGHT: WIESBADEN. Vom früheren Bundespräsidenten Roman Herzog bis zum Mainzer Kardinal Karl Lehmann gibt es viele Befürworter für ein Wahlrecht der Eltern im Auftrag ihrer Kinder. Eine Studie hat jetzt belegt, dass die Auswirkungen auf die Ergebnisse von Wahlen gering wären.

Wie würde sich eine zusätzliche treuhänderische Eltern-Stimme für ihre Kinder bei Wahlen auswirken? In der aktuellen Ausgabe der im Wiesbadener VS-Verlag erscheinenden Politischen Vierteljahresschrift (PVS) untersuchen der Kölner Sozialforscher **Achim Goerres** und der Wiener Politologe Guido Tiemann erstmals systematisch die politischen Konsequenzen eines vikarischen (also stellvertretenden) Elternwahlrechts.

Für die Bundestagswahlen von 1994 bis 2005 haben die Wissenschaftler mit Hilfe von Politbarometer-Daten und Nachwahlstudien hochgerechnet, wie das Ergebnis bei einem durch die Eltern wahrgenommenen Kinderstimmrecht ausgefallen wäre. Antwort: Nicht viel anders als tatsächlich geschehen. Keine Partei hätte signifikante Vor- oder Nachteile gehabt. Zu gering ist der Anteil von Stimmen minderjähriger Bürger, die von ihren Eltern treuhänderisch verwaltet würden, gemessen am gesamten Stimmenaufkommen. Auch bilden familienpolitische Themen nur eines von mehreren Einflussfeldern für die Wahlentscheidung.

Allerdings haben Goerres und Tiemann auch festgestellt, dass Eltern in gewissem Umfang anders wählen als Nichteltern. Das hängt von ihrem im Schnitt jüngeren Alter ebenso ab wie von der Beheimatung in West- oder Ostdeutschland. Verlierer einer Wahlreform wären nach dem Fazit der Forscher zumindest tendenziell Unionsparteien und Liberale. Am ehesten profitieren würden die Grünen, in geringerem Ausmaß die SPD.

Die vergleichsweise marginalen Auswirkungen auf tatsächliche Wahlergebnisse relativieren allerdings auch die ambitionierten Argumente von Befürwortern einer Wahlrechtsreform. Denn die erhoffen sich ja gerade einen politischen Wandel durch mehr Kinder- bzw. Elternmacht. Also andere Prioritäten bei den Parteien, bessere

"Kinderstimmen" ändern wenig; Studie: Stellvertretendes Wahlrecht für Eltern brächte kaum Verschiebungen
Allgemeine Zeitung (Germany) Donnerstag 16. April 2009

Lebensbedingungen für Familien, weniger Verschuldung zu Lasten der nachfolgenden Generation.

So oder ähnlich begründete Forderungen nach einem größeren Stimmengewicht für Kinder und noch nicht selbst wahlberechtigte Jugendliche werden regelmäßig von prominenten Vertretern aus allen politischen und gesellschaftlichen Lagern erhoben. Zu den Befürwortern eines stellvertretenden Elternwahlrechts gehören unter anderen Roman Herzog, Paul Kirchhof, Wolfgang Thierse, Antje Vollmer und Kardinal Lehmann. Ein interfraktioneller Antrag, das Thema im Bundestag zu beraten, scheiterte allerdings bereits 2003.

Noch weniger Chancen hat wohl eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, wie sie jetzt SPD-Chef Franz Müntefering ins Gespräch gebracht hat (siehe Infokasten). Österreich hat eine entsprechende Reduzierung des aktiven Wahlalters 2007 beschlossen. In Wien dürfte sich zeigen, ob eine solche Reform direktere Auswirkungen auf die Parteienpräferenz und Interessenvertretung junger Menschen hat als ein stellvertretendes Elternwahlrecht.

http://www.allgemeine-zeitung.de/region/objekt.php3?artikel_id=3712143

UPDATE: 15. April 2009

SPRACHE: GERMAN; DEUTSCH

PUBLICATION-TYPE: Zeitung

ZEITUNGS-CODE: AZ